

Die Luxemburger Presse und Südafrika

"Apartheid kann man nicht reformieren, Apartheid schafft man ab!" antwortete am 4.11.1989 die ASTM-Mitarbeiterin Agnes Rausch dem verdutzten RTL-UKW-Redakteur, der die "Chefredaktesch op Besuch" um ihre Meinung nach den aktuellen Reformplänen des neuen südafrikanischen Präsidenten gefragt hatte. Diese Wahrheit haben verschiedene Presseorgane in Luxemburg noch nicht verstanden.

Während die meisten Tageszeitungen bei Gelegenheit des 20. Geburtstags der ASTM voll des Lobes waren über das Engagement der Vereinigung zugunsten der Dritten Welt - Erbgroßherzogin Maria-Teresa, Wirtschaftsminister Robert Goebbels, Umweltminister Alex Bodry, Staatssekretärin Mady

Delvaux-Stehres sowie eine ganze Reihe von Abgeordneten haben schließlich bislang schon die verschiedenen Konferenzabende, Ausstellungen und Feste der ASTM mit ihrem Besuch beehrt -, schwiegen sie sich mit Ausnahme der "Zeitung vum Letzebuerger Volléck" und des "Gréngespoun" aus über die ebenfalls dieser Tage von der ASTM (u. a. mit Hilfe von "forum") lancierte Kampagne zum wirtschaftlichen Boykott des Apartheid-Regimes in Südafrika. In den Niederlande haben schon vor Jahren ähnliche Kampagnen große Lebensmittelgeschäften gezwungen, 'Outspan'-Apfelsinen und 'Cape'-Früchte aus ihrem Sortiment zu nehmen. Weltfirmen wie American Express, Apple Computer, Boeing, Goodyear, Mobil Oil oder die deutsche

Supermarktkette Hertie haben sich ebenfalls schon aus Südafrika zurückgezogen bzw. ihre Handelsbeziehungen mit dem Apartheid-Staat abgebrochen.

Zu einer Pressekonferenz der ASTM über die geplante Boykott-Kampagne in Luxemburg am 16.11.1989 waren "Journal", "tageblatt", "Républicain Lorrain", RTL-UKW-92,5 erst gar nicht erschienen. Dem "tageblatt" liegt zwar trotzdem ein druckfertiger Artikel vor, erschienen ist er bis Redaktionsschluß dieser "forum"-Nummer aber noch nicht. Das LW war auf der Pressekonferenz zwar vertreten, doch statt in aller Sachlichkeit ihrer Informationspflicht nachzukommen und über die Anti-Apartheid-Kampagne zu berichten, der sich u.a. auch mehrere katholische Organisationen angeschlossen haben, nahm sich auch diese Redaktion das Recht heraus, ihren Lesern diese Initiative gegen Südafrika zu verschweigen. Hätten die Redaktionen anschließend an die elementare Information ihre Bedenken gegenüber der Boykott-Kampagne vorgebracht, niemand hätte es ihnen im Sinne des Meinungspluralismus verübeln können. Doch sie hätten dann ihre de facto allein der weißen Regierung freundlich gesinnte Haltung öffentlich bekunden müssen. Doch ihr feiges Schweigen entlarvt sie nicht minder.

Dabei ist anzunehmen, daß es verschiedenen Presseorganen vorrangig nicht um ihre guten Beziehungen zur südafrikanischen Regierung geht. Ihr Schweigen erklärt sich wohl eher aus der Angst, gewichtige Anzeigekunden wie die Supermarktketten Cactus, Monopol, Nobilis und Match sowie die Banken Banque Générale du Luxembourg, Kredietbank S.A. Luxembourg, Banque Populaire Suisse S.A. Luxembourg, Banque Internationale à Luxembourg, Crédit Européen, Banque de Luxembourg, Caisse d'Épargne de l'Etat zu verlieren, die namentlich vom Boykott-Aufruf betroffen sind, sei es weil sie südafrikanische Früchte oder Konserven auf den Luxemburger Markt bringen, sei es weil sie zum Bankenconsortium gehören, das der südafrikanischen Regierung immer wieder Kredite zugesteht, oder weil sie mit der "Krügergold"-Goldmünze ihre Geschäfte machen. Dabei wäre ein Anzeigenboykott solcher Handelsunternehmen doch gar nicht denkbar, wenn die Presse sich einig wäre in ihrer Haltung. Ohne

Anzeige auf RTL oder im LW könnte "Yuppi" gar nicht leben. Die Redaktionen hatten Angst, obschon sie die Stärkeren sind!

Zumindest im LW ging es aber wohl nicht nur ums Anzeigengeschäft. Daß die Apartheid-freundliche Haltung dort System hat, hat Lambert Schlechter vor Monaten in einer von "Journal", "Zeitung" und "tageblatt" veröffentlichten Artikelserie über die Machenschaften des LW-Korrespondenten Karl Breyer unumstößlich nachgewiesen. Daß dessen Gedankengut mittlerweile auch Luxemburger Redaktionsangehörige erfaßt hat, zeigte Emile Rossler in einem am 3.11.1989 unter dem Titel "Den Durchbruch nicht verhindern" veröffentlichten Leitartikel, der sich sehr optimistisch über das baldige Ende des Apartheid-Regimes in Südafrika gab. Der neue Präsident habe Verhandlungsbereitschaft mit dem verbotenen ANC ohne Vorbedingungen signalisiert und volle politische Rechte auch für die schwarzen Bürger versprochen. Diese Beschwörung eines baldigen "großen Durchbruchs" mündete dann in eine bedingungslose Unterstützung für Lady Thatcher, die als einzige Teilnehmerin am Commonwealth-Gipfel wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika ablehnte: ihre Weigerung sei "von der Vernunft diktiert", d. h. alle andern rund 40 Regierungschefs (u.a. aus Kanada und Australien) sind in den Augen von 'er' unvernünftig. Denn - darin mußte der Leitartikler einer "forum"-Meldung in Nummer 114 (S. 38) zustimmen - die ausländischen Sanktionen beginnen ihre Wirkung in Südafrika zu zeigen, doch - so die kritiklose Übernahme der Position der Apartheid-Regierung - sie behindern den "politischen und gesellschaftlichen Umbau", weil die Regierung Botha gezwungen werde, vorrangig das wirtschaftliche Überleben zu sichern! Fragt sich bloß "wessen Überleben sie sichert. Ganz bestimmt nicht jenes der Schwarzen, deren Organisationen eindeutig für Wirtschaftssanktionen gegen die eigene Regierung eintreten. Daß die LW-Redaktion es nunmehr vorzieht" über eine Apartheid-Boykott-Kampagne zu schweigen, kann also kaum verwundern. Aus der Verantwortung für ihre unmoralische Verbindung mit einem diktatorialen Regime entläßt es sie nicht.

m.p.

SOLIDARITÄT?

Sinnvolle Entwicklungsprojekte zu unterstützen ist wichtig. Aber Solidarität ist mehr. Im Falle Südafrikas heißt das: Druck auf die weiße Regierung um die Apartheid zu beenden. Deshalb erwarten die Schwarzen Boykott- und Sanktionsmassnahmen gegenüber dem Apartheid-regime.

Als einer der guten Kunden Südafrikas ist die Belgisch-luxemburgische Wirtschaftsunion speziell gefordert. Auch wir unterstützen durch diese intensiven Wirtschaftsbeziehungen das Apartheidregime! Um dem abzuhelfen, wurde in brennpunkt drétt welt aktuell nr. 92a und forum nr. 115a eine Brief- und Petitionskampagne gestartet.

Solidarität mit der unterdrückten schwarzen Bevölkerung bedeutet dann: Briefe an Banken, an Supermarchés, an Luxair, an die Regierung absenden, und die Beendigung unserer intensiven Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika einfordern.

Briefvorschläge zum Rausschneiden und Absenden befinden sich in bp3w nr. 92a und forum 115a.